

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 5.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, II. Telefon 3465.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Zwingerstraße 21. Telefon 1769.
Verlagszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6spaltige Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 275.

Dresden, Freitag den 27. November 1908.

19. Jahrg.

Zum Wahlrechtskampf! In letzter Stunde!

Die Entscheidung in dem schmachlichen Wahlrechtskammer, mit dem das Volk seit Monaten genarrt worden ist, steht bevor. Vom Montag an wird die Zweite Kammer des Landtags im Plenum über das Wahlrechtselement beraten. Trauriger denn je ist für alle Wahlrechtsfreunde die Situation. Wird dem Volke die ungeheuerliche Eventualvorlage aufoktroiert werden, die Besessenen, Zünftlern und hohen Beamten viermal mehr Stimmrecht gibt als den breiten Schichten der Wählerschaft oder wird das elendeste aller Wahlrechtssysteme, das Dreiklassenwahlrecht, uns weiter zu Heloten herabwürdigen?

Das ist jetzt die Frage!

Für das entrechtete Volk ist ein Ausgang so schlimm wie der andere. Recht und Einfluß kann den jetzt rechtlosen Massen nur durch das allgemeine, gleiche, direkte Wahlrecht gesichert werden.

Mit doppelter Wucht müssen wir den Kampf um des Volkes Recht jetzt erneut aufnehmen, wo man im Begriff ist, uns durch ein Wahlunrecht in etwas anderer Form niederzudrücken.

Es gilt den Entrechteten vor der Entscheidung Gelegenheit zu einem letzten Anlauf gegen die Wahlrechtsfeinde zu geben, die im Handel um ihre eigenen Mandate ihre Unfähigkeit erwiesen haben, die, in reaktionäre Tücken verstrickt, die Unfruchtbarkeit ihres monatelangen Treibens durch widerliches Gezänk zu verhüllen suchen. Einen letzten Protest müssen wir mit Wucht gegen jeden Versuch, uns von neuem politisch zu knebeln, zum Ausdruck bringen.

Darum entrechtete Mitbürger, stellt euch in Massen zu den

Versammlungen am Dienstag abend

wo der sächsische Wahlrechtskammer vor dem Forum des Volkes abgeurteilt werden soll.

Niemand darf fehlen zu dieser

wichtigen Kundgebung in letzter Stunde!

Durch eine neue Massen-Demonstration soll der Wille des Volkes, noch einmal zum wuchtigen Protest verdichtet, den Wahlrechtsfeinden in die Ohren gellen. Es soll den Herrschenden abermals gezeigt werden, daß wir nicht eher ruhen, bis man dem Volke gegeben hat, was des Volkes ist, bis das allgemeine, gleiche, direkte Wahlrecht erobert ist.

Fort mit jedem neuen Wahlunrecht!

Nieder mit dem Dreiklassen-Wahlrecht!

Auf zum Kampf für die politische Gleichberechtigung!

Bülow-Knechte.

Aus Berlin wird uns geschrieben:
Die bürgerliche Presse bietet in Erwartung der Verfassungsbekanntmachung ein sonderbares Bild. Ihr gespanntes Interesse ist darauf gerichtet, ob Seine Durchlaucht der Herr Reichskanzler die Gewogenheit haben wird, vor dem Reichstag zu erscheinen und ihm seine Stellung zur Ministerverantwortlichkeitsfrage darzulegen, oder ob er es vorziehen wird, die überflüssigen Unterhaltungen der sogenannten Volksvertretung mit fälschlicher Vornehmheit gänzlich zu übersehen. Nachdem am Mittwoch der Kaiser Dismissus gemeldet hatte, daß der Reichstag keine Aussicht habe, sobald wieder die Stimme des Herrn zu vernehmen, bringt am Donnerstag der Frankfurter Dismissus die besessene Botchaft, Fürst Bülow oder einer seiner Vertreter werde im Reichstage „zu erkennen geben“, daß die Frage der Ministerverantwortlichkeit — man höre! — „eine ernste politische und staatsrechtliche Angelegenheit“ sei. Aber die „man sachlich beraten könne“ — man denke! — die aber den Bundesrat „vor eine sehr ernste Entscheidung stelle“ — merkt ihr was! — sobald sich herausstellt, daß sich die Mehrheit des Reichstages auf bestimmte Vorschläge einigt. Nach einer Berliner halb-offiziösen Meldung ist es aber hinwiederum „noch nicht endgültig entschieden“, ob der Reichskanzler sich an den Verhandlungen beteiligen werde, jedoch „neigt man der Annahme“ zu, daß sich Fürst Bülow bei dieser Gelegenheit im Reichstag vertreten lassen dürfte. So ist vorläufig wieder alles ungewiß, man wartet auf ein Zeichen von oben.

Daß der Gedanke, der Reichskanzler könnte sich einer Debatte wie der bevorstehenden außer im Falle schwerer Krankheit entziehen, auch nur erwogen wird, zeigt, wie weit es der deutsche Reichstag gebracht hat und auf welchem Niveau sein Ansehen nach den Debatten des 10. und 11. November geraten ist. In Ländern, in denen die Volksvertretung Gefühl für die eigene Würde, für die Würde des parlamentarischen Prinzipiums hat, könnte ein Minister, der in einem Fall wie dem gegenwärtigen nicht weiß, wo er bleiben soll, eine ganz unmögliche Erscheinung sein. Die Beschäftigung, die das Parlament ohne ihn hätte, würden ihn vernichten. Hierzulande geht es sich der bürgerliche Liberalismus mit klopffendem Herzen aus Reichstagsfenster, um Ausschau zu halten, ob der weiße Federbusch des Leibjägers unterm Brandenburger Tor aufleuchtend das Kommen Seiner Durchlaucht verkündet. Und wenn er kommt und ein paar nichtsfagende Bemerkungen macht, dahin nicht und dorthin nicht, ist's schon eine Gnade, ein Verdienst, am Ende — ein Erfolg des Liberalismus.

Schlimmer als das persönliche Regiment, richtiger, das schändliche Gegenstück dieser schändlichen Erscheinung ist die Bülow-Knechtschaft des deutschen Reichstages. Die Mehrheit der Volksvertretung dient vor diesem Fürstendienere, sie kniet vor diesem Höfling, sein Will ist ihr Befehl.

Zentrum und Freisinn sind in der Theorie für ein Ministerverantwortlichkeitsgesetz. Aber wenn sie nicht die Bülowknechtschaft brechen und den Minister zur Verantwortung ziehen wollen, dann ist auch das schönste Ministerverantwortlichkeitsgesetz bloß Scheinwerk. Mit der Sozialdemokratie und den Polen bilden diese beiden Parteien die Mehrheit des Hauses. Wenn sie Macht haben wollten brauchen, sie nur die Hand auszustrecken, um sie zu ergreifen. Während sie zaudern und schweigen, wird die Sozialdemokratie allein im deutschen Reichstage die geschichtliche Aufgabe erfüllen, die ihr ein bedeutsamer Augenblick zuweist: auszusprechen, was ist!

Frankreichs auswärtige Politik.

Balkanfragen. — Der Zwischenfall von Casablanca.
Bei der Beratung über das Budget des Ministeriums des Auswärtigen kam es am Donnerstag in der französischen Deputiertenkammer zu bedeutenden Auseinandersetzungen. Im Mittelpunkt der Verhandlungen standen die Balkanfragen und Frankreichs Stellungnahme zu ihnen. Es war aber unvermeidlich, daß auch andere schwebende Fragen gestreift wurden. Das bemerkenswerteste an den Verhandlungen ist die Tatsache, daß bei allen Parteien das Verlangen nach einer friedlichen Lösung aller Fragen stark in den Vordergrund trat; selbst auf nationalitätlicher Seite klangen die „patriotischen Forderungen“ gemäßigt und vorsichtig.

Über die Verhandlungen selbst berichtet W. L.-B.:
Paris, 26. November. Die Deputiertenkammer des Reiches hat heute über das Budget des Ministeriums des Auswärtigen. Minister Bichon erinnerte daran, daß die Marokko-Interpellationen bis zur Abstimmung über die Ergänzungsbudgets zurückgestellt seien. Erst dann werde er sich über den Stand der Dinge in Marokko äußern, um so die Annahme des Budgets zu beschleunigen.
Präsidenten besetzte darauf über die Balkanverhältnisse seit der Angliederung Bosniens und der Unabhängigkeitserklärung Bulgariens. Er fügte aus, Frankreich habe eine vornehme vermittelnde Rolle gespielt, indem es einen Krieg verhinderte, in Konstantinopel, Sofia und Belgrad zur Vorhut rief und zwischen der Türkei, Bulgarien, Rußland, Österreich-Ungarn und England intervenierte. Die Umwälzung in der Türkei habe einen Wechsel ihrer inneren und äußeren Politik herbeigeführt. Frankreich werde das neue Regiment stärken und